



Liebe Leser in Rhein-Berg,

Sie halten die Pilotausgabe vom **BLAUEN ZITSCH** in den Händen! Ich hoffe, diese kleine Wahlkreiszeitung sagt Ihnen nicht nur haptisch, sondern auch inhaltlich zu. Geplant ist die regelmäßige Herausgabe pro Quartal.

Warum „Zitsch“? Zitsch ist ein lautmaleriesches Wort, das im Rheinland verbreitet war. In Bergisch Gladbach stellte der 1965 verstorbene Walter Hahn das Erfrischungsgetränk Hahn's Zitsch her – ein bergisches Kultgetränk, das heute nicht mehr abgefüllt wird und leider in Vergessenheit geraten ist.

Warum heute der **BLAUE ZITSCH**? Weil dies die Wahlkreiszeitung der beiden AfD-Abgeordneten Prof. Harald Weyel (Bundestag) und Carlo Clemens (Landtag) ist, beide wohnhaft in Bergisch Gladbach. Weil hier auch die lokalen AfD-Kommunalfractionen zu Wort kommen sollen.

Und weil es erfrischende Gedanken mit Zitsch-Effekt abseits des Mainstreams braucht, um den politischen Fehlentwicklungen dieser Tage etwas entgegen zu halten.

Viel Spaß beim Lesen!
Ihr
Carlo Clemens, MdL



Kurzsichtige Sparpolitik: Aus „Frieren gegen Putin“ wird jetzt „Schimmeln für Scholz“

Die Heizung runterdrehen oder bestenfalls ganz auslassen: Nachdem die Energiepolitik der Ampel uns vorsätzlich in die Abhängigkeit zu anderen Staaten geführt hat, wird den Bürgern jetzt zu dicken Pullovern und Wolledecken geraten.

„Frieren gegen Putin“ war gestern, jetzt heißt es „Schimmeln für Scholz“. In vielen Mietverträgen gibt es Klauseln, die eine Mindesttemperatur in gemieteten Räumen vorsehen. Der Mieter ist also verpflichtet, bis zu einer Mindesttemperatur zu heizen, auch wenn er es nicht für

nötig erachtet. Diese Regelung fällt mit dem neuen Maßnahmen-Paket der Bundesregierung, das am 1. September in Kraft getreten ist, vorübergehend aus. Mietern soll so das Energiesparen erleichtert werden.

Und das, obwohl eine Mindesttemperatur in Wohnungen natürlich einen guten Sinn hat, wie Carlo Clemens, baupolitischer Sprecher der AfD-Fraktion NRW, klarstellt: „Die Experten vom Deutschen Energieberater Netzwerk warnen uns: Der Schimmelpilz kultiviert sich bei geringeren Temperaturen deutlich

leichter und greift die Bausubstanz sowie die Gesundheit seiner Bewohner an! Die Sparvorgaben der Regierung sind eine unverantwortliche Gefährdung unserer Bürger!“

Fakt ist: Eine warme Wohnung ist kein Luxusgut, sondern ein Grundbedürfnis. Der Gasmangel ist von der Politik selbstgemacht und man kann ihn auch selbst bewältigen, wenn Robert Habeck endlich zu einer vernünftigen Energiepolitik zurückkehrt, anstatt die Bürger mit zynischen Spartipps zu versorgen.

Bericht: So verlief der Energiegipfel im Rhein-Berg-Kreis!

Die Prognosen sind dramatisch: Durch die Sanktionspolitik der Bundesregierung droht Deutschland im kommenden Winter ein Leerlauf der Gasnetze – mit dramatischen Folgen für unsere Wirtschaft und unseren Wohlstand.

In dieser Situation lud der Landrat des Rheinisch-Bergischen Kreises, Stephan Santelmann, Vertreter aus Bund, Land, Kreis und Kommune sowie die Vertreter der Fachverbände und Vereinigungen ein, um die Lage zu sondieren und mögliche Lösungen oder Verbesserungen

auszuloten. Eine richtige und wichtige Entscheidung, denn die drei Impulsvorträge ließen keinen Interpretationsspielraum, was die Dramatik der Auswirkungen anging. Bei der Analyse der Situation wurde also kein Blatt vor den Mund genommen – leider aber dort, wo es um politische und energiewirtschaftliche Lösungen ging.

Der Tenor lag überwiegend auf einem forcierten Ausbau von regenerativen Energien, wobei völlig verschwiegen wurde, dass dieser Ausbau zu einem großen Teil zu den jetzigen Problemen geführt hat.



Lediglich **Prof. Dr. Harald Weyel**, MdB der AfD, und **Sebastian Weirauch**, AfD-Kreistagsmitglied, machten auf diesen Zusammenhang aufmerksam. Es bleibt also die Frage, wie groß das Leid der Menschen werden muss, bevor endlich festgefahrene Narrative hinterfragt werden.



Besuch des ukrainischen Parlamentspräsidenten Ruslan Stefantschuk

Beim Besuch des ukrainischen Ministerpräsidenten Ruslan Stefantschuk, welcher um den EU-Beitritt der Ukraine warb, nannte der Ausschussvorsitzende Anton Hofreiter den Kandidatenstatus ein wichtiges Signal gegenüber Russland, „dass wir bereit sind, unsere Werte zu verteidigen“. Michael Link (FDP) warnte, Russlands Präsident Wladimir Putin würde es als Ermutigung verstehen, wenn die EU der Ukraine den Kandidatenstatus jetzt nicht erteile.

Aus den Reihen der Opposition sprach sich Gunther Krichbaum (CDU/CSU) für einen Kandidatenstatus „ohne Wenn und Aber“ für die Ukraine, Georgien und Moldau aus. Er warf der Bundesregierung zugleich ein zu zögerliches Verhalten bei den Waffenlieferungen vor. Dr. Gregor Gysi (Die Linke) betonte, er sei „uneingeschränkt“ für die Aufnahme der Ukraine als EU-Beitrittskandidat. Er fragte zugleich, ob dadurch die Sicherheit der Ukraine erhöht werde und wie eine europäische Friedensordnung nach Ende des Krieges aussehen könne.

Prof. Dr. Harald Weyel (AfD) warnte vor einer Integration der Ukraine in die sich wirtschaftlich unterentwickelnde und mit einer „schwachen Währung“ ausgestattete EU. „Sie sind dabei, ein Ticket auf der Titanic zu buchen“, sagte Weyel, begleitet von lautstarkem Protest der übrigen Fraktionen.

Doch weder ein Beitritt der Ukraine zur NATO oder EU noch die Bewaffnung der Ukraine durch die USA und Westeuropa können die aktuelle Krise lösen. Vielmehr muss Europa der Ukraine Perspektiven des freien Handels und der wirtschaftlichen Zusammenarbeit eröffnen, ohne den bürokratischen Überbau von Brüssel und die EU-typischen Belehrungen über nationale Angelegenheiten. Russland wiederum sollte eine Beziehung mit der Ukraine anstreben wie mit Kasachstan, das in Fragen von Wirtschaft und Sicherheit mit den USA und Russland gleichermaßen kooperiert. Am Ende ließen sich die Altparteien leider nicht beirren und liefern gerne Waffen und Geld zum weiteren Blutvergießen.

Corona-Maßnahmen: Schulen müssen offen bleiben!

Während das europäische Ausland die Corona-Maßnahmen zurückfährt oder ganz aufgehoben hat, bereitet die deutsche Politik in Bund und Ländern den Boden für einen weiteren Maßnahmen-Winter. Leider versäumt es die NRW-Landesregierung in ihrem Maßnahmenkatalog, Schülern, Eltern und Lehrern im vierten Pandemie-Schuljahr Planungssicherheit zu gewährleisten.

Wir fordern den kategorischen Ausschluss von pauschalen Schulschließungen und die durchgängige Freiwilligkeit von Masken und Corona-Testungen auch über den

Oktober hinaus. Wir müssen endlich lernen, mit Corona zu leben. Es kann nicht sein, dass die enormen psychischen, körperlichen und schulischen Schäden, die die vergangenen Maßnahmenjahre bei unseren Jüngsten verursacht haben, ignoriert werden, als wäre Corona etwas Neues.

Wir wissen, dass die aktuelle Omikron-Variante für Kinder und Jugendliche nicht gefährlich ist. Der reguläre Schulbetrieb muss stehen und laufende Aufholprogramme dürfen nicht durch neue sinnlose oder gar schädliche Maßnahmen konterkariert werden.



Für Sie im Stadtrat: Unsere AfD-Fraktion in Bergisch Gladbach

Florian Fornoff und Günther Schöpf sind unsere AfD-Abgeordneten im Rat der Stadt Bergisch Gladbach. Unterstützt werden sie von Fraktionsgeschäftsführer Frank Cremer. Sie haben sich kritische und konstruktive Oppositionsarbeit für Bergisch Gladbach und Rhein-Berg auf die Fahne

geschrieben. Ihnen brennt ein Anliegen auf der Seele? Sie haben einen Hinweis auf ein Problem in Ihrem Stadtteil, dem wir im Rat oder in den Ausschüssen nachgehen sollen? Dann zögern Sie nicht, uns darauf anzusprechen.

info@afd-fraktion.gj

Großdemonstration: Am 8. Oktober sehen wir uns in Berlin!

Wir stehen an Ihrer Seite – unser Land zuerst! Während uns unter anderem Robert Habeck (Grüne) und Olaf Scholz (SPD) immer mehr Opferbereitschaft abverlangen, um wahlweise das Klima, sogenannte Flüchtlinge oder gleich den Weltfrieden zu retten, treibt die Regierenden die Angst vor Protesten um. Schon jetzt wird jeder Bürger, der im Herbst sein demokratisches Recht auf Demonstrationsfreiheit wahrnehmen möchte, als „rechtsextrem“ diffamiert. Die Alternative für Deutschland lässt sich davon nicht einschüchtern.

Wir wollen nicht tatenlos dabei zusehen, wie der Wohlstand unseres Landes zerstört wird. Deshalb freuen wir uns schon jetzt auf viele tausend Teilnehmer anlässlich unserer Demonstration in Berlin, die am **8. Oktober 2022** stattfinden wird.

Aus dem Rheinisch-Bergischen Kreis wird es mehrere Fahrgemeinschaften in die Hauptstadt geben. Bei Interesse an einer der Fahrgemeinschaften melden Sie sich bitte einfach unter:

geschaeftsstelle@afd-rbk.de

AfD deckt auf: Automaten Sprenger verursachen Millionenschäden in Rhein-Berg

Sprengungen von Geldautomaten haben im Rheinisch-Bergischen Kreis seit 2021 zu Gesamtschäden in Höhe von rund 1,17 Millionen Euro geführt. Das ging aus einer Kleinen Anfrage vor, die Carlo Clemens, Mitglied der AfD-Fraktion NRW, an das Landesinnenministerium gestellt hatte. Im Zeitraum von 2020 bis Mit-

te 2022 stieg der Gesamtschaden durch Automaten Sprenger im Kreisgebiet um über 60 Prozent an. Täter gehen dabei immer rücksichtsloser vor. Es werden Explosivsprengstoffe genutzt, die nicht nur Gebäude und Infrastruktur, sondern auch Menschenleben gefährden.

Bei den ermittelten Tatverdäch-

tigen handelt es sich überwiegend um Personen mit niederländischem Pass und unterschiedlichen Herkunftsländern in Europa und Nordafrika, die über die Westgrenze kommen. Carlo Clemens will sich für einen stärkeren Grenzschutz einsetzen, um dieser Kriminalität Herr zu werden: „Zusammen mit der AfD-

Landtagsfraktion werde ich weiterhin energisch dafür streiten, dass sich die Landespolitik auf Bundesebene endlich für eine Verstärkung der Bundespolizei an der NRW-Westgrenze und für eine ausnahmslose Zurückweisung unberechtigter Personen an den deutschen Außengrenzen einsetzt.“

Fahrradstraße: Grünes Prestigeprojekt, das keiner braucht!

Die Laurentiusstraße in der Stadtmitte Bergisch Gladbach soll zur Fahrradstraße werden. Das fordert die gründerdominierte Ampel-Koalition im Stadtrat. Auf einer solchen Straße dürfen nur Fahrräder und E-Scooter fahren. Pkw oder Motorräder können als Ausnahmen zugelassen werden – etwa bei Anwohnern.

Händler vor Ort zeigten früh Unverständnis für dieses Projekt. Sie befürchten, dass ihnen aufgrund wegfallender Parkplätze die Kunden wegbleiben. Eine Verkehrszählung hatte ergeben, dass auf der Laurentiusstraße kaum Radverkehr stattfindet. Durch die Streichung von Parkplätzen entgehen der Stadt bis zu 30.000 Euro jährlich an Gebühreneinnahmen, wie eine Anfrage der AfD-Fraktion ergeben hat.

„Wir haben die geplante Fahrradstraße von Beginn an deutlich kritisiert und eine Einbindung von Anwohnern und Gewerbetreibenden eingefordert“, erklärt Frank Cremer, Fraktionsgeschäftsführer der AfD-Fraktion. Bereits im März wandte sich die Fraktion diesbezüglich mit einem Schreiben an Bürgermeister Frank Stein. Aufgrund der unklaren Rechtslage folgte im Sommer 2021 eine Beschwerde bei der Kommunalaufsicht.



Hintergrund: Die Geopolitik der USA und die Blockade von Nord Stream 2

Spätestens seit dem Ukraine-Krieg ist sie in aller Munde: Wurde die von deutschen Steuergeldern bezahlte Gaspipeline Nord Stream 2 bislang aus juristisch-administrativen Gründen verzögert, so ist sie nun aus „politischen Gründen“ auf Eis gelegt.

Nord Stream 1 läuft derzeit weiter und die Vereinigten Staaten, einer der größten Antreiber der europäischen Sanktionen gegen Russland, importieren weiter munter russisches Erdöl.

Der Wohlstand der Industriennation Deutschland basiert zu einem gewichtigen Teil auf günstiger und sicherer Energie. Die Energiesicherheit unseres Landes scheint – inmitten der größten Energiekrise seit Bestehen der Bundesrepublik! – aber überhaupt keine Rolle zu spielen.

Neben schwer zu leugnenden „do“- und „dont“-Militärfragen hat das Territoriale aber viele bzw. immer gleiche Gesichter: Was hatte die US-NATO mit dem „unabhängigen

Kosovo“ zu tun, was die US-Türkei-NATO mit Nordsyrien, und was will die NATO/EU in Osteuropa?

Und wie sähe nicht nur für das kalte Ungeheuer Staat, sondern für die Menschen vor Ort die vernünftigste Vernunft- oder Kompromisslösung zwischen „Reintegration/ Sezession/Annexion“ und sozioökonomisch nicht sonderlich lebensfähigen „Balkanisierungen“ aus?

Fragen, über die wir jetzt endlich diskutieren sollten und diskutieren müssen.

Statt „Gasumlage“: Wohngeld erhöhen, Kraftwerk Westfalen E in den Regelbetrieb!

Wer dachte, dass die Energiepreise in Deutschland kaum noch höher werden können, wird von der Ampel-Regierung eines Besseren belehrt. Mit der Gasumlage kommen auf die Verbraucher weitere Zusatzkosten von 2,419 Cent pro Kilowattstunde hinzu – für einen

vierköpfigen Haushalt kann es zu Zusatzkosten von über 1.000 Euro jährlich kommen.

Carlo Clemens MdL, wohnpolitischer Sprecher der AfD-Fraktion NRW, kommentiert: „Statt Bürger bei drastisch steigenden Heizkosten zu entlasten, setzt Habeck noch

einen drauf. Um einkommensschwachen Bürgern ihre Existenzängste zu nehmen, braucht es dagegen eine Wohngelderhöhung.“

Weiterhin fordert die AfD-Fraktion NRW, den Energiemarkt durch die Inbetriebnahme von weiteren Kraftwerken zu entlasten: „Durch

die Abschaltung von Kohle- und Kernkraftwerken wurde die Gasnachfrage in den letzten Jahren vorsätzlich und massiv erhöht.

Es wird höchste Zeit: Das Kohlekraftwerk Westfalen E muss in den Regelbetrieb gehen, um diesen Mangel auszugleichen!“





AfD vor Ort: Zu Besuch beim Abwasserwerk Beningsfeld

Freunde und Mitglieder des AfD-Kreisverbandes Rhein-Berg besuchten im August die Kläranlage Beningsfeld in Refrath. Die Führung vor Ort erfolgte durch einen freundlichen und kompetenten Mitarbeiter. Die Kläranlage wurde 1976 errichtet, als die beiden Städte Bergisch Gladbach und Bensberg fusioniert wurden. Zunächst auf 130.000 Einwohner angelegt, wurde sie in den folgenden Jahrzehnten immer weiter ausgebaut und modernisiert. Heute umfasst die Anlage eine Kapazität von maximal 200.000 Einwohnern.

Ökologische und wirtschaftliche Aspekte standen beim Ausbau stets im Vordergrund – Einschränkungen

bestehen räumlich lediglich durch die enge Nachbarschaft zu Köln. Heute beherbergt die Kläranlage eine nährstoffeliminiierende Anlage mit Filtration und maschineller Vorentwässerung und mehrere Nachklärbecken. Biofilter wirken geruchsmindernd. Außerdem besichtigt wurden die maschinelle Schlammwindung für den Überschussschlamm.

Die Prozesse der Schlammfällung und Gasverwertung bergen hohes energetisches und damit wirtschaftliches Potenzial. Durch den Einsatz mehrerer Blockheizkraftwerke (BHKW) wird mittlerweile ein Eigenversorgungsanteil für Strom von 70 Prozent erreicht.

Grunderwerbsteuer: AfD setzt sich für Wohneigentum für Familien ein

Pünktlich zum Start des 400 Millionen Euro schweren Förderprogramms „NRW.Zuschuss Wohneigentum“ hat die AfD-Fraktion im Landtag Nordrhein-Westfalen einen Antrag zur zielgerichteten Förderung des Wohneigentums junger Familien eingereicht. „Der Traum vom Eigenheim ist zeitlos“, erklärte Carlo Clemens, wohnpolitischer Sprecher der Fraktion, in seiner Plenarrede. Laut Wohntraumstudie 2021 gaben 93 Prozent der befragten 18-25-Jährigen an, sich ein Eigenheim zu wünschen. Nirgendwo in Deutschland ist die Grunderwerbsteuer so hoch wie in NRW (6,5 Prozent). Gleichzei-

tig ist die Eigentümerquote in NRW mit 43,7 Prozent in keinem westdeutschen Flächenland so niedrig. Der AfD-Antrag sieht vor, Mängel in der bisherigen Förderrichtlinie für 2022 auszubessern, z.B. im Fördersatz oder in der Beitragsbemessung. Außerdem wird die Landesregierung aufgefordert, sich im Bundesrat dafür einzusetzen, dass möglichst schon zum 01.01.2023 der Erwerb angemessenen Wohneigentums oder eines angemessenen Baugrundstücks zum Zwecke der Wohneigentumsbildung gänzlich von der Grunderwerbsteuer freigestellt wird.

Zahl des Monats

75 – 90 %*

Schüler mit Migrationshintergrund an der Grundschule Gronau

Jahrhundertchance Zanders-Konversion

Kaum ein Name wird so mit Bergisch Gladbach in Verbindung gebracht wie „Zanders“ (Ausnahmen: Heidi Klum und Wolfgang Bosbach). Die 1829 gegründete Papierfabrik an der Strunde prägte fast 200 Jahre lang den hiesigen Produktionsstandort. Die Familiendynastie verewigte sich auch auf anderen Wegen, etwa in der lokalen Kulturförderung oder in der Errichtung der Gartensiedlung Gronauer Wald für die damaligen Arbeiter und Angestellten der Papierfabrik.

Die letzten Jahre waren weniger ruhmreich. Besitzer wechselten, Ende 2021 wurde die Papierfabrik für immer dicht gemacht – bis zuletzt waren noch rund 400 Mitarbeiter beschäftigt. Die Stadt erwarb rechtzeitig das 37 Hektar große Zanders-Gelände. „Die Vollkonversion

des beeindruckenden Areal in der Stadtmitte bietet für die Stadt eine historische Chance“, erklärt Günther Schöpf, Fraktionsvorsitzender der AfD im Stadtrat. „Schon im Juli 2021 beantragten wir deshalb als erste Fraktion die Einrichtung eines eigenen Zanders-Ausschusses.“

Den gibt es heute. Mittlerweile hat das niederländische Büro Karres en Brands gemeinsam mit der städtischen Projektgruppe die sog. Strukturplanung erarbeitet. Diese bildet die rahmengebende Grundlage für alle weiteren Planungsschritte und Konkretisierungen. Die AfD-Ratsfraktion wird sich weiterhin intensiv in die Beratungen einbringen.

Diese historische Chance für Bergisch Gladbach muss unbedingt genutzt werden.

MIGRATIONS Hintergrund AN GRUNDSCHULEN IN NRW*

Grundschulen
gesamt

2.787

50-75% Schüler
mit Migrations-
hintergrund

713

75-90% Schüler
mit Migrations-
hintergrund

227

90-100% Schüler
mit Migrations-
hintergrund

54

IMPRESSUM



AfD Rheinisch-Bergischer Kreis

Postfach 20 01 07

51431 Bergisch Gladbach

Telefon: 02202/9566-370

Mail: geschaeftsstelle@afd-rbk.de

Ladungsfähige Anschrift

c/o AfD Landesgeschäftsstelle NRW
Gladbecker Straße 5

40472 Düsseldorf

Telefon: 0211 - 54 55 89 5-0

Telefax: 0211 - 54 55 89 5-9